



Die Krankenhäuser besser absichern

Direkt gefragt (1): Wie wollen Sie die Finanzierung der Universitätskliniken mit ausreichend Personal sicherstellen?

Die meisten Krankenhäuser im Land haben Finanzierungsprobleme. Die Unikliniken erst recht. Mit der Frage an die Kandidatinnen und Kandidaten der Bundestagsparteien, wie sie Abhilfe schaffen wollen, eröffnen wir unsere Serie „Direkt gefragt“ zur Bundestagswahl.



Annette Widmann-Mauz
Bundestags-
Abgeordnete
der CDU



Heike Hänsel
Bundestags-
Abgeordnete
der Linken



Chris Kühn
Bundestags-
Kandidat
der Grünen



Martin Rosemann
Bundestags-
Kandidat
der SPD



Christopher Gohl
Bundestags-
Kandidat
der FDP

Tübingen. Krankenschwestern und Krankenpfleger in Tübingen protestieren immer wieder gegen Arbeitsverdichtung und immer weniger Zeit für die Patienten. Die Krankenhäuser müssen ihre Kosten nach so genannten diagnosebezogenen Fallpauschalen abrechnen, die sich am durchschnittlichen Behandlungsaufwand bei einer Krankheit orientieren. Wegen der Budgetkürzungen können die Kliniken steigende Kosten etwa für Gehälter



und Energie jedoch nicht mehr ausgleichen. Bei den Unikliniken kommt hinzu, dass sie oft besonders komplizierte Fälle behandeln müssen. Außerdem steckt das Land seit vielen Jahren zu wenig Geld in die Infrastruktur. Um trotzdem renovieren, bauen oder neue Geräte kaufen zu können, müssen die Kliniken Überschüsse erzielen – und bauen Stellen ab. Wir fragten, wie das anders werden soll.

Kliniken wie das UKT leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung. Ich habe in zahlreichen Gesprächen mit Experten Konzepte erarbeitet, wie die Finanzierung von Leistungen und Personal weiter verbessert werden kann. Mit einem Sofortprogramm von 1,1 Milliarden Euro schaffen wir kurzfristig eine wirksame Entlastung. Die Kliniken erhalten unter anderem einen an der Behandlungsschwere orientierten Versorgungszuschlag und werden bei den Kosten der Tariflohnerhöhungen unterstützt. Baden-Württemberg profitiert davon besonders. Für Kliniken, an denen sich Extremkostenfälle besonders häufen, werden neue Finanzierungsmöglichkeiten entwickelt. Aber auch das Land muss seiner Pflicht bei den Investitionen nachkommen: In Baden-Württemberg fehlt rund 1 Milliarden Euro, nur fünf Prozent der Kosten werden vom Land getragen. Deshalb brauchen wir eine Strukturdebatte mit langfristigen Lösungen auch für die dynamische Leistungsentwicklung und steigende Arbeitsverdichtung.

Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht und solide finanziert werden. Unsere Forderung lautet: Bund und Land stellen ausreichend Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereit. Das System der Fallpauschalen (DRGs) muss abgeschafft werden. Es belohnt, möglichst viele Fälle mit möglichst wenig Personal in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. Kosten werden zu Lasten der Beschäftigten gesenkt. Zur Beseitigung des Personalmangels im Krankenhaus streiten wir für die Einführung einer verbindlichen, bundesweit einheitlichen Personalbemessung. Eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle ist finanzierbar. Die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung der Fraktion Die Linke führt zur Absenkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung um rund ein Drittel auf 10,5 Prozent. Dieser Effekt wird erreicht trotz Abschaffung von Zuschulden, Praxisgebühren und Zusatzbeiträgen. Die mögliche Senkung des Beitragssatzes schafft Spielraum für eine grundlegende Reform der Krankenhausrückfinanzierung.

Die Finanzierung der chronisch unterfinanzierten Krankenhäuser muss deutlich verbessert und auf eine solide Basis gestellt werden. Die Kliniken müssen ihre Leistungen angemessen vergütet bekommen. Deshalb muss das System der Fallpauschalen, das ich generell skeptisch gegenüber stehe, kritisch überprüft und mutig reformiert werden. Es bedarf einer stärkeren Orientierung an Diagnosen statt an einzelnen Behandlungsprozeduren. Dabei sollten auch die Qualität der Behandlung und der Nutzen für die Patienten und Patientinnen in die Vergütung einfließen sowie die Vorhaltekosten der unterschiedlichen Krankenhausränge berücksichtigt werden. Eine verbindliche Personalbemessung und deren Finanzierung halte ich für zwingend erforderlich, denn es bedarf einer angemessenen Personalausstattung – insbesondere in der Pflege. Krankenhäuser, die für die regionale Versorgung unverzichtbar sind, aber wirtschaftliche Schwierigkeiten haben, müssen durch einen Sicherstellungsuschlag gefördert werden.

Gerade in unserer Region sind die Kliniken wichtige Arbeitgeber. Sie brauchen eine planbare und verlässliche Finanzierungsgrundlage. Das ist im Interesse der Patienten wie der Beschäftigten. Ich trete daher für ein, das Finanzierungssystem für unsere Krankenhäuser weiter zu entwickeln und dabei Extremkostenfälle angemessen zu berücksichtigen. Kostensteigerungen, die nicht von den Krankenhäusern zu verantworten sind – wie Tarifloohnerhöhungen – müssen zudem refinanziert werden. Auch die Pflege muss sich in den Fallpauschalen stärker niederschlagen. Schließlich brauchen wir verbindliche Personalstandards für unsere Kliniken. Um das zu finanzieren, setzt die SPD auf eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle – unabhängig vom ihrem Einkommen – einzahlen. Dabei sollen nicht nur Arbeits-sondern auch Kapitaleinkommen zur Finanzierung herangezogen werden.

Bedingt durch den medizinischen Fortschritt und durch eine kontinuierlich alter werdende Gesellschaft ist davon auszugehen, dass die Kosten des Gesundheitswesens überproportional steigen, eine Steigerung entlang der Inflationsrate oder der Grundlohnsomme also für eine angemessene Finanzierung nicht ausreichen wird. Gerade deshalb aber ist es erforderlich, in allen Bereichen auf einen wirtschaftlichen und sparsamen Einsatz knapper Mittel zu achten. Das Arzneimittelneuerordnungsgesetz ist ein Beispiel dafür, wie dies unter liberaler Verantwortung besser gelungen ist als in langen Jahren vorher. Für die besondere Problematik einer angemessenen Finanzierung der Höchstleistungszentren, deren spezifische Bedingungen sich offenbar im heutigen System der Fallpauschalen nicht angemessen abbilden lassen, hat der Bundesgesetzgeber den Unikliniken durch ein Sofortprogramm zwei Jahre Zeit verschafft. Als Tübinger will ich diesen Prozess intensiv begleiten, um zu einer Lösung beizutragen, die das Fallpauschalen-system um Zusatzentgelte für Extremkostenfälle ergänzt.